

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 3 Mark ohne Zutragen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postscheckkonto: Leipzig 12548.

Allgemeine Zeitung des Bezirks

## Amtshblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Berantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 246

Freitag den 24. Oktober 1919

85. Jahrgang

Nachstehende Bekanntmachungen werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß die Verordnung des Wirtschaftsministeriums LLA 2559 II G 2 vom 5. 9. 19 — Nr. 204 der Sächsischen Staatszeitung vom 6. 9. 19 — über Höchstpreise für Gemüse mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Dresden, am 21. Oktober 1919.

Wirtschaftsministerium.  
Landeslebensmittelamt.

## Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 12. und 22. November 1918 (Reichsanzeiger 268 und 281 vom 12. und 28. November 1918) bestimmt:

### § 1.

Gemäß § 5 des Verordnungsvertrages über Herbstgemüse werden die Bezugspreise für die nachstehend verzeichneten Gemüsearten je Zentner bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für Weißkohl . . . . .	4.— M.
" Rötkohl . . . . .	7,25 "
" Blaukohl . . . . .	6,75 "
" Grünkohl bis zum 30. November 1919	6,75 "
" rote Möhren und Karotten aller Art einschließlich der kleinen runden	
Karotten . . . . .	5,25 "
gelbe Möhren . . . . .	3,75 "
weiße Möhren . . . . .	2,25 "

Diese Preise gelten für gesunde marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

### § 2.

Die Preise des § 1 sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisegesetzes

### § 3.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsanzeiger 189 vom 21. August 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.  
Der Vorstehende: von Tilly.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

### § 1.

Der Erzeugerabholpreis für Zwiebeln (rote) wird wie folgt festgesetzt:

### § 2.

Dippoldiswalde. Die diesjährige amliche Hauptkonferenz der Leiter des Schulaufsichtsbezirks Dippoldiswalde soll am 30. Oktober in der Reichskrone abgehalten werden.

Nächsten Sonnabend nachmittags 5 Uhr hält im Saale des Gasthauses Stadt Dresden der heilige Landwirtschaftliche Verein seine erste Versammlung für das bevorstehende Winterhalbjahr ab und wird in derselben Herr Prof. Dr. Karl Steyer aus Löbau, der Sohn des langjährigen Vereinsvorstandes und Ehrenmitgliedes, der Herrn Bankdirektor Steyer, einen Vortrag halten über „Die Krankheiten der Pflanzen und ihre Bekämpfung“ mit Vorführung von Abbildern. Zahlreicher Besuch der Versammlung darf wohl vorausgesetzt werden.

Der Gesamtvorstand des Stenographenvereins „Gabelsberger“ zu Dippoldiswalde beschloß, sein Sitzungsfest erst am 9. Dezember im Schulenhaus abzuhalten. Man mußte das Fest verschoben, da für den vorgesehenen Abend eine ardore Veranstaltung geplant ist, mußte auch von einem Sonnabend, besonders wegen Einstellung des Elsenbahnhofes an Sonntagen absagen.

Bei der Urwahl zur Gewerbelammer am gestrigen Mittwoch wurden im 13. Wahlbezirk, umfassend den Amtsgerichtsbezirk Dippoldiswalde, lediglich der Handwerker für die Herren Schmiedeobermeister Wende 55 und Schuhmachermeister Jädel 3, und lediglich der Richthandwerker für die Herren Handelsmann Rothe 12 und Kaufmann Warzchner und Kaufmann Seidner je 1 Stimme abgegeben.

Die bereits angekündigte Einstellung des ganzen Personenverkehrs an Sonntagen wird nunmehr in Sachsen sowie in ganz Preußen vom nächsten Sonntag ab durchgeführt. Es fallen daher bis auf weiteres an Sonntagen im allgemeinen alle der Personenbeförderung dienenden Züge aus. Lediglich für einige wenige Arbeiterverkehre werden einzelne Züge gefahren, doch ist die Benutzung dieser Züge ausschließlich den Inhabern von Arbeiter- und Zellfahrtkarten gestattet. Ein Verkauf von Fahrtkarten findet an Sonntagen (mit Ausnahme der Arbeiter- und Zellfahrtkarten) nicht statt. Die für den Arbeiterverkehr abzu-

lassenden Züge werden durch Schalteranschlag bekannt gemacht. Auch erzielen die Stationen nähere Auskünfte hierüber. — Auf unserer Bahnlinie Hainberg—Ripdorf ruht der Personenverkehr, da hier keine Sonntags-Arbeiterzüge verkehren, dennoch an Sonntagen vollkommen. Über den Verkehr am Reformationsfest wird noch besondere Verordnung ergehen. — Die Postbestellung findet Sonntags wie bisher statt. Der lege, post bringende Zug ist der am Sonnabend abend 11<sup>17</sup> hier eintreffende. Sonntags geht weder Post ein noch ab.

— Eisenbahnhofplan. Vom 27. Oktober ab wird die durch die Züge 1104/1130 gebotene Frühverbindung: ab Dresden Hauptbahnhof 5.53 vorm. an Klingenberg-Colmnitz 7.01 vorm. bis Freiberg (Ankunft 7.30 vorm.) ausgedehnt. In Freiberg ist Anschluß nach Moldau und nach Nossen vorhanden.

— Säuglings- und Wohlfahrtspflege. Das Gesetz über Wohlfahrtspflege hat viele Gemeinden in eine schwierige Lage gebracht, weil in Sachsen noch nicht die ausreichende Zahl entsprechend vorgebildeter Schwestern oder Wohlfahrtspflegerinnen vorhanden ist. Ein wesentlicher Fortschritt ist dadurch erzielt worden, daß am 1. Oktober im Säuglingsheim der staatlichen Frauenklinik in Chemnitz der erste Ausbildungsgang für Säuglings- und Wohlfahrtspflege abgeschlossen worden ist, so daß die 14 Teilnehmerinnen, von denen 13 dem staatlichen Schwesternhaus Arnstadt angehören, an Gemeinden oder amtschäftsämtliche Bezirke abgegeben werden können. Die Nachfrage ist so stark, daß schon viele Schwestern des nächsten Lehrgangs, der am 1. April 1920 abschließt, vergeben sind.

— (dek) Der Protestantismus in Italien. Bei der amtlichen Zählung von 1901 bekannten sich, wie wir dem Mailest 1919 der „Civiltà Cattolica“ entnehmen, in Italien 65 595 Einwohner zum Protestantismus. 1911 war die Zahl auf 123 253 gestiegen, wie das römische Blatt der Jesuiten annimmt, auf Kosten der Katholiken. Noch gewaltiger ist die Zahl derer gestiegen, die sich als zu keiner Religion gehörig bezeichnen. Die Zahl dieser betrug 1901 36 092 und stieg in 10 Jahren bis 1911 auf 874 532. Ein protestantischer Kirchenzähler Rom jetzt 14. Die erste protestantische Kirche

vom 1. November 1919 ab 12 M. je Zentner  
" 1. Dezember 1919 ab 13 " " "  
" 1. Januar 1920 ab 15 " " "  
" 1. Februar 1920 ab 18 " " "  
" 1. März 1920 ab 21 " " "

Diese Preise gelten für gesunde marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

S. 2.  
Diese Verordnung tritt am 1. November 1919 in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Bekanntmachung vom 2. September 1919 (Reichsanzeiger 201 vom 4. September 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorstehende: von Tilly.

Nachstehende Verordnung des Reichswehrministers, die auch für Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 20. Oktober 1919.

Wirtschaftsministerium.

### Bekanntmachung.

Fr. F. R. 60/10. 19. KRA.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befreiungen wird nach Maßgabe des Erlasses, betr. Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (MGBl. S. 438), folgend bestimmt: Artikel I. Die Bekanntmachung Nr. Ch. 1802/3 17 KRA, betr. Bestandserschließung von Holzverarbeitungsgeräten und anderen Chemikalien vom 1. Juni 1917, tritt außer Kraft. Die Meldungen, um die in den Betroffenen namentlich zugegangenen Befreiung des Preußischen Kriegsministeriums, Kriegsrohstoffabteilung Nr. Ch. 730/12. 17 KRA, vom 28. Dezember 1917 (betr. Holzverarbeitungsprodukte) erachtet worden war, sind nicht mehr zu erläutern. Artikel II. Diese Bekanntmachung tritt am 8. Oktober 1919 in Kraft.

Berlin, den 8. Oktober 1919.

Der Reichswehrminister. J. A. Wolffhügel.

### Kunsthonig,

600 g für jeden nichtlandwirtschaftlichen Bewohner, Verkaufs-Preis 96 Pf., ist gegen Abjektion der Lebensmittelkarte in sämtlichen Verkaufsstellen erhältlich.

Stadtrat Dippoldiswalde.

## Bekanntmachung.

Die von der hiesigen Sparkasse ausgegebene Schuldverschreibung Nr. 816942 über 1000 — M. 5% II. Deutsche Reichsanleihe mit Erneuerungs- und Zinsabschlägen ist abhanden gekommen. Wir fordern den Inhaber dieses Wertpapiers auf, seine Rechte an obigem Papier bis

1. Januar 1920

bei unserer Sparkasse geltend zu machen, andernfalls nach Ablauf der Frist weitere Schritte zur Ungültigkeitsklärung eingeleitet werden.

Kreischa.

Die Sparkassenverwaltung.

J. B. Heynmark, Gemeindeältester.

durfte erst nach dem Einzug der Piemontesen in Rom errichtet werden.

Aleßja. Die Ortsgruppe des Volksbundes zum Schutz deutscher Kriegs- und Fliegengräber hält am Montag den 20. Oktober im Gathof Blasche einen guibesuchten Vortragsabend ab, an welchem Herr Dr. Hempel aus Dresden (Sohn des Herrn Geh. Konzillialrat Hempel) über seine Erfahrungen in vierjähriger französischer Gefangenshaft spricht. Redner wies nach, daß die Bestimmungen der Genfer Konvention und der Haager Kriegsordnung vom Feinde nicht gehalten worden sind, schlägt Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung, ärztliche Hilfe und entrollte trostlose Bilder aus den Lagern der armen Gefangenen. — Die Sammlung des Abends zur Unterstützung der Kriegsgefangenen ergab den Betrag von 186 M.

Raffass, 23. Oktober. Heute vor 25 Jahren vernichtete ein Schadenfeuer die Scheune des Kaufmanns Merkl, am Tage vorher das Wohngebäude des Gutbesitzers Dittrich und am 18. Oktober das Wohnhaus des Mühlensitzers Weinholt im Gimmighol.

Dresden. Zum Vorsitzenden des Landlieferungsverbandes Sachsen wurde Willi Geh. Rat Dr. Wehnert auf Wedingen gewählt. Stellvertreter sind Prinz zur Lippe, Landesältester auf Baruth in Sachsen, und Geschäftsführer des Landeslieferungsverbandes Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Dr. Ellerich.

Radebeul erhebt am 15. Dezember einen weiteren Zusatz von 35 % auf die Staatszinsensteuer zur Deckung seines Fehlbeitrags.

Chemnitz. Da die Amtshauptmannschaft Chemnitz einer der verschuldeten Bezirke ist — die Schuldenlast hat jetzt eine Höhe von rund 20 Millionen Mark erreicht —, wurde in der letzten Gemeindevertreter-Konferenz der Amtshauptmannschaft Chemnitz ein Antrag angenommen, in dem die Regierung um eine Gehegesvorlage ersucht wird, die einen Ausgleich der verschuldeten mit den weniger verschuldeten Kommunalverbänden erlaubt. Als Mittel wurde die Zusammenlegung aller Schulden und die gleichmäßige Verteilung auf alle Verbände vorgeschlagen.

## Die Nationalversammlung.

Berlin, 21. Oktober.

### Estat des Reichsschärmülleriums.

Nach Beantwortung verschiedener kleiner Anfragen wird heute bei äußerst schwach besetztem Hause die zweite Beratung des Haushalt des Reichsschärmülleriums eingetreten. Verbunden damit wird der Bericht des Ausschusses über die Militärwerhütten.

Reichsschärmüller Mayer-Kaubeuren leitet die Beratung mit einer kurzen Darlegung der derzeitigen Aufgaben des Reichsschärmülleriums und seiner gegenwärtigen und künftigen Aufgaben ein. Es sind ersten Verwaltung und Bewertung der mobilen und immobilen gewordenen Heeresgüter, zweitens die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen des Reichs, u. a. auf dem Gebiete der Stahlproduktion, der Elektrizität und Munitionserzeugnisse, und drittens finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften.

Die in Liquidation stehenden Kriegsgesellschaften werden in den Geschäftskreis des Reichsschärmülleriums übergehen. Alle noch vorhandenen mobilen Heeresgüter sind heute in unserer Hand. Werte im Betrage von 150 Millionen Mark sind bereits in die Hand des Reichs zurückgeführt; über 400 Millionen, die zum größten Teil auch dem Reich zurückgegeben wurden, schwanken noch Verhandlungen. Verantreuungen werden hier und da sicher immer wieder noch vorkommen, aber wir tun alles, um ihnen nach Möglichkeit vorzubeugen. Das Reichsschärmüllerium hatte seinerzeit den gesamten Wert der noch verbliebenen Heeresgüter auf drei Milliarden Mark angenommen. Bis heute ist es uns gelungen, drei Milliarden Mark aus dem Heeresgut zu erlösen. Nach meiner Schätzung befindet sich noch für etwa zwei Milliarden Mark mobiles Heeresgut in Deutschland. Die Bewertung des mobilen Heeresgutes hat ihren Höhepunkt bereits überschritten.

Eine neue gewollte Aufgabe ist dem Reichsschärmüllerium auf dem Gebiete der Verwaltung und Bewertung der entbehrlich gewordenen immobilen Heeres- und Marinengüter übertragen. Es soll laut Reichstagsschluss die immobilen Heeresgüter auf den Friedensland zurückführen und die Betriebe in private Betriebe verwandeln. Zur Leitung sind unbedingt erfahrene Kräfte erforderlich, deren Gehälter denen der Privatindustrie angepaßt sein müssen. Die Hauptverwaltung der Heeresbetriebe ist in weiterer Entwicklung begriffen; sie müssen in Gesellschaftsform übergeführt und nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben werden. Das Reich hat auf diesem Gebiete bereits große Erfahrungen. Die Umstellung der Heeres- und Marinabetriebe auf den Friedensbetrieb bereitet große Schwierigkeit, da bei der Einrichtung dieser Betriebe hierauf nicht Bedacht genommen worden war.

### Der Unterhalt der Besatzungsgruppen

Im Westen erfordert im Jahre einen Betrag von 1,2 Milliarden Mark; außer diesen Förderungen werden für die nächste Zeit für den Bau von Wohnungen für die Offiziere usw. erhebliche Summen angefordert. Für die Überwachungsausschüsse werden jährlich ungefähr 29 Millionen aufgewendet werden müssen. Die Unterhaltung der interalliierten Besatzungsgruppen stellt sich also heute schon insgesamt auf mindestens 2½ Milliarden Mark. Unter den heutigen Verhältnissen eine ganz unerträgliche Ausgabe für uns. Wie feinen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht annähernd die ziffernmäßige Stärke der Besatzung. Hört! Hört! Eine Berechnung der Unterhaltungsfesten wurde bisher auch immer ohne jede Begründung abgelehnt. Die Requisitionen werden in den ersten neun Monaten auf etwa 900 Millionen geschätzt.

Unmittelbar nach Friedensschluß sollen in Berlin zwei Überwachungskommissionen eintreffen, für deren Unterbringung mehrere große Hotels mit Hunderten von Zimmern sowie Stallung für 60 Automobile erforderlich sein werden. Diese Überwachungskommissionen wird deutscherseits nur eine Kommission von sechs Offizieren gegenüberstellen. Das ist ein Aussangsvorwurf, der in leichter Linie der Entente Schaden bringen müsse. Die Besatzungsgruppen müssen verhindert werden. Die Entente darf auch in den besetzten Gebieten unserer Verwaltung keine Schwierigkeiten bereiten. Das verlangt mit der Regierung auch die ganze Nationalversammlung. (Beifall.)

Abg. Giebel (Soz.): Die Entente sollte bedenken, daß sie zu keinem reichen Manne kommt. Von dem neuen kaufmännischen Geist im Ministerium versprechen wir uns viel.

Abg. Erking (Bentr.): Die bedeutendste Aufgabe des Ministeriums ist die Umstellung der Heeresbetriebe im Friedensbetrieb. Seit dem November ist der Terror in den Staatsbetrieben sprachlos geworden. Mit diesem Zustande muß gebrochen werden. Leute, die solchen Terror treiben, müssen sofort entlassen werden. (Beifall.) Der Minister sollte sich ein Paar Haushandschuhe kaufen und damit in die Wespennester der Kriegsgesellschaften hineinleuchten.

Abg. Gothein (Dem.): Es ist bedauerlich, daß die Entente so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit Deutschlands zeigt. Das Schlechtert im Westen wäre ohne die Bestechlichkeit der gegnerischen Truppen gar nicht möglich.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

### Foch als Friedensengel.

#### Neue Maßnahmen des Obersten Rates.

Der Eintritt des Friedenszustandes, der nach den letzten Nachrichten aus Paris schon für die nächsten Tage in Aussicht gestellt war, ist wieder in weite Ferne gerückt. Die Entente will den Friedensvertrag nicht eher in Kraft setzen, als bis die Nämung des Vatikans rechts durchgeführt ist. Nach einer havanna-Nacht schreibt das der Regierung Clemenceau nahestehende „Echo de Paris“, der Oberste Rat habe beschlossen, dem Oberkommando der Verbündeten die Bestimmung des Datums anzuhören, zu dem der

Friedensvertrag in Kraft treten soll. M. Marshall Hoch selbst soll als Friedensengel fungieren und uns den heiligen Frieden bringen. Havaas meint bereits, daß der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich bis zur Nämung der russischen Gebiete ausgesetzt ist.

Gleichzeitig meldet der Draht aus Paris von neuen Maßnahmen des Obersten Rates. Alle Abschlüsse der Friedenskonferenz sollen dem Obersten Rat Berichte bis zum 31. Oktober darüber einreichen, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die deutsche Regierung nicht erfüllt habe, um Maßnahmen zur Ergänzung ihrer Durchführung zu treffen.

#### Um die Einberufung des Volkerbundes.

Die Einberufung des ausführenden Rates des Volkerbundes durch den Obersten Rat der Alliierten steht bevor. Als Ort der Zusammenkunft wurde Paris bestimmt. In der Volkerbundssatzte ist die Einberufung der ersten Versammlung und des ersten Rates durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgesehen. Da aber der Volkerbund nach der erfolgten Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland und drei Vertragsmächte in Kraft treten muß, hält sich der Oberste Rat für berechtigt, die Einberufung anzutreten, ohne die Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten abzuwarten. Bei der Einladungsfrage ist ferner zu berücksichtigen, daß Wilson nicht in seiner Eigenschaft als Präsident der Vereinigten Staaten, sondern als Beauftragter des Bundes handeln willde. Einen Hauptanstoß zur Einberufung des Rates des Volkerbundes hat die notwendige Ernennung von je drei der fünf Mitglieder der Regierung und des Grenzausschusses für das Saargebiet gegeben. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages hat die Grenzbestimmung innerhalb 14 Tagen nach Friedensschluß zu erfolgen.

#### Die russischen Landstaaten an den Alliiertenrat.

Die Vertreter der acht Landstaaten Asiens haben der Pariser Friedenskonferenz eine neue gemeinsame Note überreicht, in der sie die Anerkennung der Selbständigkeit der acht Republiken und sofortige Prüfung der sich daraus ergebenden territorialen, finanziellen, wirtschaftlichen und anderen Fragen fordern.

### Graf Bernstorffs Vernehmung.

#### Friedensvermittlung und Geschäft.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung für die Frage der Friedensmöglichkeiten jegte am Mittwoch die Vernehmung des Grafen Bernstorff fort. Zu Beginn der Sitzung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Dörr in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ersten Interessenausschusses (Kriegsschuld) an die Befragung des Grafen Bernstorff ein, „Wilson hätte in der kritischen Periode gar nicht mehr die Möglichkeit gehabt, eine Friedensvermittlung mit der Entente zu erzielen, weil der amerikanische Handel schon so sehr mit den Interessen der Entente verbunden war, daß Wilson diese Handelsbeziehungen unmöglich stören konnte ohne einen ungeheuren Sturm in Amerika hervorzurufen. Mit Rücksicht auf die ungeheure Wichtigkeit dieses Punktes für die Beurteilung des ganzen Verlaufs der Wilsonschen Friedensaktion fordert Abg. Dörr von dem Zeugen Beispiele für die Behauptung, daß Wilson wegen der amerikanisch-ententistischen Handelsbeziehungen keine ausichtsreiche Friedensvermittlung mehr unternehmen könnte.“

Graf Bernstorff entgegnete, daß von dem Tage der Bekanntmachung der „Lusitania“ bis zur Bekanntmachung der „Sussex“ in Amerika niemals ein Moment gekommen ist, wo seine deutsch-amerikanische Kontroverse bestand. „Jedesmal, wenn wir glaubten, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Verhängung oder eine Verschärfung des U-Boot-Krieges oder irgendein anderer Vorfall, der alle Verhandlungen mit Amerika illogisch mache. In dieser Zeit hatte sich der gesamte

#### Amerikanische Handel auf die Entente eingestellt.

Die Verhältnisse lagen so, daß die amerikanischen Handelskreise durchweg ein Interesse daran hatten, den Handel mit der Entente aufrechtzuerhalten. Wenn Wilson so vorgegangen wäre, daß er diesen Handel gefördert hätte, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Ich erinnere mich sogar, daß bei unseren Besprechungen Fälle vorgekommen sind, wo gesagt wurde, Wilson möchte doch ein Verbot auf die Ausfuhr legen. Wilson hat aber immer gesagt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten.“

Auf eine Frage des Sachverständigen Prof. Hoehs stellte Graf Bernstorff ausdrücklich fest, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas nach England hin schon im Frühjahr 1916 so stark war, daß Wilson nicht mehr gegen die öffentliche Meinung Amerikas anlaufen konnte.

Es folgte nunmehr eine längere Vernehmung des Grafen Bernstorff über die Stellung Amerikas zu der belgischen Frage. Wie der Zeuge angibt, hat diese Frage die Amerikaner während des Krieges am meisten interessiert und in ersten Linien die amerikanische öffentliche Meinung gegen uns ausgetragen. Graf Bernstorff zweifelt nicht daran, daß die Amerikaner auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen die Forderung der völligen Wiederherstellung Belgien gestellt hätten, daß sie an etwas anderem niemals gedacht haben und daß sie ohne diese Wiederherstellung den Frieden niemals vermittelt haben würden. Wenn wir erklärt hätten, daß wir Belger nicht annehmen wollten, so würde das Wilson für den Beginn seiner Friedensverhandlungen als genügend betrachtet haben.

Durch eine Frage des Professors Schüding nach den besonderen Vorfällen, die außerdem immer wieder in Amerika die Sympathien für uns geteilt haben, veranlaßt geht Graf Bernstorff sodann auf

die sogenannten deutschen Verschwörungen ein, durch welche die Stimmung besonders ungünstig

zur uns deutschnah worden sei. In der Untersuchung des amerikanischen Senats sei über diese Sache als feststehend angesehen worden, daß von deutscher Seite in Amerika Dinge veranstaltet worden sind, die sich nicht im Einklang befinden mit den amerikanischen Gesetzen. Er selbst stehe auf dem Standpunkte, daß der Ausdruck Verschwörung nicht berechtigt sei. Es seien wohl einzelne Handlungen vorgekommen, die nicht mit den amerikanischen Gesetzen in Einklang zu bringen seien mit denen er ebenfalls für seine Person nichts zu tun gehabt habe. Er wisse, daß seitens einiger Herren Sabotage getrieben worden sein soll. Wiewohl diese der Sabotage überführt seien, könne er nicht sagen.

In der weiteren Vernehmung hilft der Vorlesende an den deutschen Friedensschritt vom 12. Dezember an, der, wie Abg. Sinzheimer noch rasch feststellt, „mit voller Kenntnis der obersten Heeresleitung und in volliger Übereinstimmung mit dem Kaiser“ unternommen worden ist.

Der Berichterstatter Dr. Sinzheimer fragt, ob es zutreffend sei, daß Wilson, nachdem die Veröffentlichung der deutschen Friedensbedingungen abgelehnt war, wenigstens um vertrauliche Mitteilung der Bedingungen ersucht habe — ein Ersuchen, dem von Deutschland nicht folgt gezeigt wurde. Der Vorlesende gibt das zu. Bei dieser Gelegenheit verliest der Abg. Dr. Sinzheimer ein vom 16. Januar 1917 datiertes Telegramm des Kaisers an den damaligen Staatssekretär des Kabinetts Zimmermann. Darin heißt es vorläufig: „Seine Majestät läßt Euer Exzellenz für die Auskunft danken. Una Telegramm bemerkt Seine Majestät, daß Allerhöchst die selben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot legen. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.“ (Beifügung) Auf Grund dieses Telegramms und seines Veröffentlichungen ist Graf Bernstorff zu der Auslassung gekommen, daß die Wilsonsche Friedensvermittlung von uns bestätigt werden sollte.

Es wird dann die französische Ablehnung

zur Verhandlung gestellt.

Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit dem Vertreter des Präsidenten Wilson in Betracht kommen, so habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen betrachte. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, uns zum U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Ich habe bei den Verhandlungen mit Oberst House über alle Möglichkeiten und Fragen vertraulich gesprochen. Da ist öfter die Auffassung laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren, um so den europäischen Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Allmählich wird die Verhandlung trotz der Bemühungen des Vorlesenden etwas unerlos. Von besonderem Interesse wieder wird erst wieder der Schluss des Berichts, als Vorsitzender Warmuth darauf hinweist, daß Wilson doch immer als Mann gegolten habe, der für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eintritt. Hat Wilson sich über diesen rein menschlichen Gesichtspunkt geäußert?

Graf Bernstorff: Diese Frage ist von mir häufig berichtet worden, so bei der „Lusitania“ und der „Sussex“-Frage. Die Hungerblödade hielt er für illegal.

Abg. Sinzheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln?

Graf Bernstorff: Ja!

Abg. Sinzheimer: Sollte es ein Frieden zu gunsten der Entente sein?

Graf Bernstorff: Wilson sagte mir am 22. Januar, ein Frieden ohne Sieg sollte erreicht werden. Ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland sollte seine Weltstellung in vollem Umfang behalten. Ich hielte Wilson für einen ehrenhaften Kämpfer.

Auf eine Frage des Abgeordneten Sinzheimer erklärte Graf Bernstorff: Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtreibung deutschen Gebietes uns zugemutet worden wäre.

Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

### Politische Rundschau.

Berlin, den 22. Oktober 1919.

Reichspräsident Ebert ist am Mittwoch zu einem kurzen Besuch in Breslau eingetroffen. In der Begleitung des Reichspräsidenten befinden sich die Minister Heine und Dr. Bell sowie die Abg. Löbe und Ulrich.

Die preußische Generalordnungscommission wird ihre Tätigkeit Ende März 1920 einstellen. Die noch verbleibenden Geschäfte gehen auf das Staatsministerium über.

Wollt der „Rainer Zeiger“ verabschiedet hatte, eine ganz harmlose Theaterkritik der französischen Bühne auszuführen vorzutragen, wurde er zu 10 000 Francs Geldstrafe verurteilt.

Die Verabschiedung der Generale Graf Waldersee und v. d. Holtz. An die Redaktion des „Vorwärts“ hat der Reichsverteidiger Rose folgende Bitten gerichtet: „Im „Vorwärts“ vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich weit abrufe. Wenn dort von „herauswerfen“ des einen und „in großer Wogen folgen“ des anderen gesprochen wird, so kann ich es nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gejagt wird, deren Auffassungen und Wege sich von meinen trennen, deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie aber vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Rotz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.“

Die Aufführung Frankreichs. In der Zeit vom 16. bis 18. Oktober besuchten deutsche Forstschäferstädtige unter Führung von östlich orientierten französischen Forstverwaltungsbeamten typische

punkte der zerwirten Vorstiege in den Techarten-Marsch und Alsen. Es hat sich dabei gezeigt, daß in den besitztigen Gebieten sehr erhebliche Aufzäumungs- und Aufrüstungsarbeiten zu leisten sind, die jedoch nur im Zusammenhang mit den anderen Wiederherstellungs- und Aufbauarbeiten vorgenommen werden können.

**Graf Wedel gegen Graf Berchtold.** In den "Hamburger Nachrichten" wendet sich der frühere deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, unter Mitteilung neuer Tatsachen gegen den Grafen Berchtold. Er sucht zu erwiesen, daß man in Wien frühzeitig darauf bedacht gewesen sei, "den Unschuldigen zu retten und das Odium auf Deutschland sien zu lassen". In dem alten Wiener Notbuch sei bei der Gesandlung des Greyschen Vermittelungsvorschlags mit keiner Sicht erwähnt, daß Deutschland die Annahme dieses Vorschlags nicht nur empfohlen, sondern darauf gebracht habe. Der bearbeitende Regent habe damals zu dem Entwurf die Handbeschriftung gemacht, es gehe wohl nicht an, Deutschlands Stellungnahme zum Greyschen Vorschlag mit Gültigkeit zu übergehen; er bitte darum um Vortrag beim Minister Grafen Berchtold. Letzterer habe die Handbeschriftung aber durchstrichen, den vom Regenten erbetenen Vortrag damit abgelehnt, und in Folge davon sei Deutschlands Stellungnahme im alten Wiener Notbuch unerwidert geblieben.

**Die katholischen Bischöfe zur Schulfrage.** Die katholischen Bischöfe haben in einem Hirtenbrief in höchster Form gegen die Neuordnung des Schulwesens Stellung genommen. Der Hirtenbrief spricht von einem "Kulturmampf der Revolution", gegen den die Kirche energisch Stellung nehmen müsse. Sollte, so sagt der Hirtenbrief weiter, die Schulgesetzgebung noch weitere Gleise in der Richtung auf die religiöselose staatliche Zwangsschule legen, so werde die Stunde kommen, da die Bischöfe den katholischen Eltern sagten, keine Verfassung, kein Gesetz, keine Verordnung könne die Eltern im Gewissen verpflichten, ihre Kinder zum Besuch der Staatschule anzuhalten, wenn diese Schule einen Gottestrud an den Kindern begebe. Der Hirtenbrief befürchtet schließlich die Absicht, wenn die Schulgesetzgebung weiterhin auf die religiöselose staatliche Zwangsschule zuzusteuere, katholische Privatschulen zu gründen, wie dies 1879 in Belgien geschehen sei. Elternrecht breche Schulrecht und Gewissensrecht.

**Ein Sondergerichtshof gegen die Schleicherländer im Westen.** Der oberste Verwalter des Saargebietes, General Andlauer, hat die Errichtung eines Sondergerichtshofs gegen die unerlaubten Spekulationsgeschäfte angeordnet. In den allgemeinen Bestimmungen dieser Verfügung heißt es u. a.: Alle Personen, die sich an Spekulations- und Schleicherländern beteiligen, Preisdreher oder unerlaubte und schädigliche Geschäfte betreiben, werden mit Guchthaus von 1 bis 15 Jahren bestraft und außerdem mit einer Geldstrafe nicht unter 10 000 Mark. Die Wieder, die aus diesen Geschäften stammen, werden beschlagnahmt, ebenso die betreffenden Waren. Die Verurteilung erfolgt durch ein besonderes Gericht, das sich aus einem Vorsitzrichter als Vorsitzenden und vier Bürgern als Beisitzern zusammensezt. Gegen die Verurteilung ist keine Berufung möglich. Die Vollstreckung des Urteils kann erst nach der Bestätigung durch den Generaloberverwalter des Saargebietes erfolgen. Die Personen, die mit der Überwachung und der Unterdrückung der genannten Vergehen beauftragt sind, und gegen ihre Pflicht verstossen, werden mit denselben Strafen belegt.

## Rundschau im Auslande.

**Alle Wiener Schulen sind infolge der Kohlennot in der Zeit vom 15. November bis 15. Februar 1920 zu schließen.**

**Der aus Deutschland ausgewiesene russische Volksbefreiungsführer Kader ist in Wien wegen Aufreizung der Landarbeiter und Eisenbahner zum Generalstreit verhaftet worden.**

**In Amsterdam wurde eine internationale Konferenz der Staatsangehörigen eröffnet. Anwesend waren Vertreter aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland und England.**

**Nach Schweizer Meldungen bestätigt Bulgarien die im Vande vorhandenen Vermögen seiner ehemaligen Verbündeten zu beschlagnahmen.**

**Der französische Ministerpräsident Clemenceau wird eine große Wahlrede, voraussichtlich in Straßburg, auf einer Rundreise durch Elsaß-Lothringen halten.**

**Bei der Erstwahl in Bouskouf (England) erhält der Koalitionssionist 9394 Stimmen, der Kandidat der Arbeiterpartei 6412, der liberale Pringle 9422 Stimmen und wurde somit gewählt. Dies ist bereits die sechste Nachwahl, welche zu Ungunsten der Regierung ausgefallen ist.**

**Österreich: Die ergwogene Verfassungsänderung.**

**Die deutsch-österreichische Nationalversammlung hat jetzt die Verfassung nach dem Gebote der Entente geändert. Nach dem Gesetz wird Deutsch-Österreich gemäß dem St. Germainer Vertrage die Bezeichnung "Republik Österreich" beibehalten. Ferner wird die deutsche Staatssprache, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechten, festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Deutsch-Österreich ein Befandteil des Deutschen Reichs ist, aufgehoben. Der Großdeutsche Weber und der Sozialdemokrat Mautner gaben den schwerlichsten Geschönen aller Österreicher über die ausdrückliche Festlegung der Auflösung der Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich Ausdruck. So dann wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.**

**Frankreich: Eine politische Verschwörung in Elsaß-Lothringen.**

**In Straßburg wurde ein großes neutralistisches Komplott entdeckt. Die Straßburger Blätter bringen weitläufige Enthüllungen über die Entdeckung einer weltweiten politischen Verschwörung, die die Errichtung eines neutralen Elsaß-Lothringen zum Ziele hat. Die französische Militärbehörde läuft Massenverhaftungen vornehmen und verhinderte den Belagerungszustand. Wie die amtliche englische Telegraphenagentur berichtete, wurden des Führer, Ingenieur Stoerzer, und zwei anderer Verschwörer verhaftet. Ein Gewerkschaftsführer, ein schwächerer el.-lothringischer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Vierlegendeckel verwickelet sein. Die Aufdeckung einer derartigen**

Berschöpfung, wie sie die amtliche englische Telegraphenagentur meint, deren Ziel es ist, Elsaß-Lothringen zu "neutralisieren", das heißt mit anderen Worten, von Frankreich loszutrennen, besagt deutlich genug, daß man in den ehemaligen Reichslanden einen dauernden Anschluß an Frankreich mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstellt. Diese Stimmung der el.-lothringischen Bevölkerung ist hauptsächlich auf die ziellosen Unterdrückung der deutschen Muttersprache durch die französische Verwaltung zurückzuführen. Die Elsäßer verlieren zu 90 Prozent nur deutsch, und auch in Lothringen ist einem großen Teil der Bevölkerung die französische Sprache vollständig unbekannt. Man sieht die französische Sprache darüber als Amtssprache bestimmt, die Bevölkerung ist natürlich sehr wenig zufrieden damit, und die Entwicklung ist nach dem ersten Freudentaumel über die "Befreiung vom deutschen Militarismus" jetzt um so größer. Hierdurch erklärt sich auch das starke Anwachsen der Pionierbestrebungen im Elsaß, die jetzt angeblich von Deutschland ausgehen sollen.

**Russland: Der Vormarsch auf Petersburg kost.**

**Die russische Nordwestarmee machte an der Küste Fortsetzung, traf aber bei Pultow, südlich von Petersburg, auf starken, bolschewistischen Widerstand. Judenisch zieht Verstärkungen an Artillerie nach. Die Bolschewisten organisierten eine ernsthafte Verteidigung. Aus Krasnaja Gorka machten sie einen Angriff. Zwischen Pleskau und Luga hat ein neuer Vorstoß der weißen Armee begonnen. In der Richtung auf Pavlowsk wurden kleine Fortschritte erzielt. Sowohl einer Meldung aus Helsingfors hat die Bewegung der Bolschewisten bei St. Petersburg die Folge gehabt, daß der rechte Flügel der Armee Judenisch entlang der Linie Gatchina-Luga und westlich davon gezwingt sein wird, sich zurückzuziehen. Luga wurde von Judenisch aus strategischen Rücklagen aufgegeben.**



Anmarschlinien der Armees Judenisch auf Petersburg

**Deutschland: Erneute Versammlung der Reichsräte.**

**Die Vereinigten Staaten: Erneute politische Vollmachten.**

**Das Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Lansing die äußere Politik Amerikas und die Verhandlungen bezüglich des Friedens übernommen hat. Diesbezüglich wurden ihm alle Vollmachten, welche der Präsident der Republik besitzt, übertragen. Diese Übertragung der Vollmachten steht in volliger Übereinstimmung mit dem gewohnten Vorgehen.**

## 5. Klasse 175. Sächs. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, unter welchen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark zu werten. Würde Gesamt der Mittelpunkt. — Richtigkeit verloren.

13.ziehung vom 22. Oktober 1919.

500000 St. 86422 August Braun, Leipzig.  
5000 St. 102833 Max Weiß, Berlin.  
5000 St. 42164 Dr. Th. Eichler, Berlin.  
5000 St. 43221 Hermann Müller, Dresden.  
5000 St. 50228 George Meyer, Leipzig.

0981 912 (500) 110 126 637 605 244 421 198 112 354 898  
595 932 817 171 1882 886 (1000) 250 600 921 (3000) 159 787  
586 410 801 (3000) 205 2729 271 574 551 997 470 (2000) 999  
083 (1000) 109 136 291 851 697 732 687 (1000) 652 328 135  
750 770 3407 428 685 364 185 208 180 130 177 693 409 787  
(1000) 689 688 687 681 264 698 479 356 265 527 865 824  
4185 471 498 002 003 256 (500) 967 263 (3000) 516 055 063  
429 818 966 639 935 817 5318 (3000) 652 257 189 (1000) 588  
516 492 923 601 527 077 (1000) 554 434 427 880 411 835 677  
355 (500) 748 381 354 228 269 891 866 768 6227 (500) 629  
008 916 228 (500) 650 242 861 374 339 (1000) 343 583 085 923  
388 126 361 692 484 7007 042 837 (3000) 278 475 586 810  
762 830 839 (2000) 701 039 142 114 638 929 564 298 243 818  
(500) 763 202 216 (500) 8132 977 116 199 638 698 390 377  
350 680 935 830 482 522 986 202 829 991 765 618 929 502 909  
381 9680 939 988 204 567 374 506 124 337 97 582 183 228  
184 122 550 238

10679 209 039 468 085 938 359 484 068 094 696 011 409  
097 303 656 910 238 (1000) 951 111 600 222 647 495 864 877 077  
421 594 267 037 269 128 84 817 692 280 731 (3000) 608 705  
347 964 202 001 726 433 156 493 970 (3000) 177 738 581 497  
027 13584 026 295 917 022 168 653 336 (3000) 562 802 683  
077 956 619 14128 338 395 217 (3000) 407 399 438 621 089  
308 649 498 903 421 213 15230 (3000) 271 276 593 (3000) 583  
914 510 711 451 (1000) 763 988 256 671 16382 972 692 435  
880 178 628 200 (1000) 335 042 832 087 701 591 835 990 041  
197 617 587 839 984 734 17706 097 774 107 519 658 783 487  
809 811 088 114 890 200 966 364 346 18781 356 988 720 835  
368 347 (1000) 925 330 035 359 (500) 606 920 197 584 946 456  
19843 521 532 082 (1000) 452 170 508 441 920 496 693 412 256  
184 479 987 999 285 016

20162 872 243 065 609 071 556 915 842 216 173 107 21475  
206 746 300 879 495 442 880 314 578 120 866 545 688 935 184  
134 345 848 750 498 578 22624 882 202 034 (1000) 008 551  
323 516 799 566 (500) 007 461 711 215 483 266 726 313 551  
518 723 628 23635 745 450 320 131 893 826 (1000) 017 516  
571 953 303 587 941 807 956 224 693 980 871 627 24733  
248 (1000) 752 295 (500) 818 609 612 563 963 745 078 (1000)  
719 839 304 25798 626 692 681 635 264 266 242 552 089 103  
503 051 920 505 541 101 26258 181 729 499 342 425 (500)  
606 620 217 966 356 645 867 239 963 256 811 (500) 469 (500)  
091 377 873 (1000) 27692 017 517 501 857 055 238 964 799  
072 663 882 828 743 324 865 620 904 197 584 946 456  
984 203 056 118 704 824 760 863 (500) 458 573 249085 884  
861 242 684 (500) 476 671 628 798 846 683 758 930 124 866  
711 480

30337 021 155 354 321 753 031 861 277 646 088 187 570

879 070 804 938 762 911 925 381 448 339 31533 (500)  
945 041 210 720 824 088 307 579 088 511 434 915 933 32784  
398 547 714 345 (2000) 071 70 0 (1000) 980 837 118 063 447 548  
293 083 025 001 008 (3000) 455 767 061 508 33738 890 588  
117 581 213 361 (1000) 356 615 450 086 148 758 481 214 273  
772 371 750 636 23612 543 103 117 516 464 067 531 976 061  
123 532 858 (1000) 626 336 (500) 051 345 483 006 584 35002 636  
270 (1000) 502 413 969 918 564 718 086 120 871 954 (1000)  
948 597 582 594 040 155 682 750 399 356111 482 05000 010  
901 584 061 649 002 656 861 577 278 106 001 027 832 435  
191 894 677 (1000) 222 830 071 135 102 772 634 27516 718  
285 (1000) 517 071 414 203 155 371 (1000) 766 278 (1000) 275  
674 029 (1000) 854 188 961 667 002 165 07 525 105 25473  
418 749 981 473 848 812 812 618 140 181 072 237 687 945  
829 32728 714 269 432 626 820 162 750 298 989 413 840 196  
496 942

40938 044 841 081 942 639 845 944 864 568 920 296 (500)

849 350 441 41075 860 815 (1000) 876 618 747 052 489 491 777

331 547 793 888 755 (3000) 975 908 42648 796 154 (5000)

086 298 119 796 601 501 508 147 760 104 874 495 173 860 182

172 43347 161 187 679 191 321 (5000) 678 608 148 423 (1000)

229 665 446 188 648 287 44156 653 173 550 703 14

**X** Neben 190 Millionen Mark Betriebsauf der Grunewaldbahn. Die abgelaufene Monat hat auf der Grunewaldbahn bei Berlin wieder eine große Steigerung des Betriebsaufwands gebracht, denn es gingen dort an 30 Monaten 130 184 255 Mark durch die Wettmaschine. Durchschnittlich wurden also an jedem Tage 14 339 475 Mark gehoben. Am höchsten ist der Durchschnitt bei den zweit Rennen des Unionclubs mit 14 737 620 Mark. Diese Ziffern zeigen zugleich, wie ertragbringend die Rennwochen für die Staatsoffizienzen sind, denn daraus sind dem Rennklub allein von dieser Berliner Bahn mehr als 30 Millionen Mark zugesessen.

### Letzte Nachrichten.

#### Südtirol hält zu Deutschland.

Berlin, 21. Oktober. Aus Südtirol kommt die Nachricht, daß italienische Firmen sich um die Vertretung deutscher Handelsinteressen in Südtirol bemühen. Die Südtiroler Firmen sind jedoch entschlossen, die früheren direkten Handelsbeziehungen zu Deutschland ohne die zentralisierende Vermittlung einer italienischen Vertretung wieder aufzunehmen.

#### Österreichische Bestellungen in Sachsen.

Berlin, 21. Oktober. Die österreichisch-slowakische Regierung hat die Lieferung einer großen Zahl von Güterwagen an österreichische Waggonbau-Anstalten vergeben.

#### Das Eingreifen der Entente in Ungarn.

Wien, 22. Oktober. Der englische Diplomat Glad begibt sich als Abgesandter des Pariser Bierkais nach Budapest. Er hat alle Vollmachten, die vorläufige politische Krise zur Entscheidung zu bringen. Ministerpräsident Friederich erklärt, einer Wiederholung des Kabinetts nur zustimmen zu können, wenn sie eine Stärkung des gegenwärtigen Kurs bedeutet.

#### Die Wahlen in Elsass-Lothringen.

Paris, 22. Oktober. Die französische Regierung hat sich vergebens bemüht, den bevorstehenden Wahlen in Elsass-Lothringen den Charakter einer Volksabstimmung für Frankreich zu geben. Im Oberelsass haben die Sozialdemokraten ein Zusammensetzen mit den anderen Parteien abgelehnt, die einen Block der bürgerlichen Parteien bilden. Es ist also nicht gelungen, alle Parteien auf die Formel "Für Frankreich" zu einigen.

#### England gibt die Ausfahrt deutscher Lebensmittelgeschäfte frei.

Rotterdam, 22. Oktober. Die "Times" melden, daß das Ausfahrtsverbot für deutsche Lebensmittelgeschäfte aus englischen Häfen, das seit dem 15. Oktober gültig war, aufgehoben worden ist.

#### Sächsisches.

Rödgenbroda. „Ich bin so gern daheim!“ In einem häuslichen Gasthaus saß noch Mitternacht eine noch fröhliche Runde von Gästen, welche langesstroh, wie die Sachen aussahen, ein Lied nach dem anderen sangen. Eben war das hübsche Lied von Heinrich Pfell angestimmt worden: „Ich bin so gern daheim, daheim in meiner stillen Klaue“, und feierlich verholt der Schlussstein: „Ein liebes

Weib, ein herzig Kind, das ist mein Himmel auf der Erde!“ Da öffnete sich die Tür und eine lächelnde Stimme rief: die anständig Versammelten aus aller Stimmung heraus: „Deswegen sag' de doch wohl ewiglang hier in die Kneipe hin, Waldemar? Mach' bloß, daß de heim kommst, mein Bärchen, sonst . . .“

Pirna. Wie Uniformen heutzutage auf manche Menschen wirken, davon zeugt folgender Vorfall: Als der Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr von einer Übung heimkehrte, stützten sich ohne jeden Grund einige Leute auf ihn, rissen ihm die Uniform ab und waren sie ihm vor die Füße. Dieser Fall spricht für sich.

Wurzen. Nachts ist in die Räume des seit kurzem nach der Artilleriefaire verlegten Bezirkskommandos ein verwegener Einbrecher verschüttet worden. Ohne daß es von den Posten bemerkt worden ist, haben Einbrecher den Kassenkasten des Bezirkskommandos gestohlen, ihn über die Mauer der Kaserne gebracht und auf einem Gelde ausgebrochen. Anscheinend haben sie dann den Schrank, der leer gewesen sein soll, dort vergraben wollen, sind aber dabei gestört worden.

Frankenberg. Eine Typhusepidemie von nicht unbedeutlichem Umfang ist in Frankenberg und dem benachbarten Sachsenburg ausgebrochen.

Sachsenburg. In eine unangenehme Lage gerieten drei Kriegsfrauen, deren Männer gleich zu Anfang des Krieges als vermisst gemeldet wurden. Infolgedessen nahmen die Frauen an, daß die drei Teilnehmer gefallen seien, um so mehr, als auch alle Nachsuchungen erfolglos blieben, weshalb sie sich wieder verheiraten. Jetzt sind nun die drei Vermissten plötzlich zurückgekehrt. Sie waren seinerzeit in französische Gefangenshaft geraten und versuchten zu flüchten, wobei sie jedoch wieder in die Hände der Franzosen fielen. Diese brachten die Flüchtlinge nach Marocco, von wo aus sie nicht nach der Heimat schreiten durften. Vorausichtlich werden die zweiten Ehen der Kriegsfrauen wieder geschieden werden.

Chemnitz. Seit einigen Wochen treten im Stadtgebiet Chemnitz für die vorgechristene Jahreszeit auffallend zahlreiche Ruhrtäler auf, von denen schon eine größere Anzahl tödlich endet haben.

Kuerbach i. V. Die Gemeinde hat einen nicht unerheblichen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Während ihre Einwohnerzahl bei der Volkszählung im Jahre 1910 ohne den jetzt einverlebten 3000 Seelen zählenden Vorort Mühlgraben 12715 betrug, ergab die Volkszählung vom 8. Oktober eine Einwohnerzahl von insgesamt 13835 Köpfen.

Wilschen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben gegen die kürzlich erfolgte Wahl des neuen Schuldorffs bei der Amtshauptmannschaft Einspruch erhoben. Sie begründen ihren Einspruch damit, daß bei der Wahl fast ausschließlich Vertreter der Sozialdemokratie gewählt worden seien, und daß die neue Zusammenstellung nicht den demokratischen Grundsätzen der Verhältnisswahl entspreche. Eine Entscheidung der Aufsichtsbehörde ist noch nicht eingegangen.

Reichenbach. Gegen die Tanzwut richtet sich ein Beschluss des Sadrats zu Wilsau, der beim Stadtrat zu Reichenbach den Antrag gestellt hat, bei dem Brüche öffentlicher Tanzbelustigungen die Altersanweisung einzuführen.

Der Stadtrat zu Reichenbach hat sich dem Antrage angeschlossen und will auch die Stadt Reichenbach sowie die Amtshauptmannschaften Plauen und Auerbach auffordern, sich diesem Vorhaben anzuschließen.

Bautzen. Da Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, haben die Arbeitnehmer im Schneidergewerbe gestern die Arbeit niedergelassen.

Zittau. Bei den Wahlen zur Bezirksversammlung für die Amtshauptmannschaft Zittau wurden 20 bürgerliche und 20 sozialdemokratische Vertreter gewählt.

#### Vermischtes.

Der hat einen Jorn. Im Tiefenbacher Tageblatt in Westpreußen erschien ein Bauer folgende Anzeige: „In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben mir trumme, elende Verbrecher ein Schwein gestohlen. Vunge und Weber sollen den Schurken am lebendigen Leibe verhauen, wenn sie das Schwein nicht ersiegen. Sehe anher der Belohnung der Gemeinde Badenopp (1000 M.) noch 200 M. aus für denseligen, der die Rumppe dingfest macht. Außerdem möchte ich noch bemerken, daß es mir auf das Leben jünger Schieber gar nicht ankommt. Will Wiens, Badenopp.“

#### Hafer für menschliche Ernährung.

Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Haferähnlichkeit überaus reich an wertvollem, leicht verdaulichem Eiweiß und Nährsalzen sind und gegenüber den Getreideähnlichen das Mehrfache an Fett enthalten. In den nordischen Ländern, vor allem aber in Schottland und in Nordamerika, erscheinen Hafergerichte täglich auf dem Tische und gleichen manche schwere, namentlich in Nordamerika übliche Ernährungsschäler aus. Die Fähigkeit und Leistungsfähigkeit der Schotter ist nach Ansicht vieler Ernährungswissenschaftler auf den händigen Genuss von Hafergerichten (Quäker-Oats) zurückzuführen. Außällig ist auch, daß Zuckerkrank, die nur ganz beschränkte Mengen von färbungsfähigen Nahrungsmitteln genießen dürfen, große Mengen von Haferähnlichkeiten zu sich nehmen können, ohne daß sich unverbrannter Zucker im Blute vorfindet. Der Hafer enthält für den Stoffwechsel außerordentlich wichtige Fermente, die in keiner anderen Getreideart vorhanden sind.

Die deutsche Haushfrau ist noch zu wenig über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit von Haferähnlichkeiten unterrichtet. Wer kennt z. B. Hafergerichten (Rotelets) als Beilage zu Gemüsen, die richtig zubereitet, ähnlich schmecken, wie gebadetes Kalbsgehirn und sich als Beilage zu Gemüsen eignen. Ganz unbekannt ist es auch, daß sich Hafergerichten ohne Fett oder Butter und nur mit ganz geringen Mengen von Zucker zu ausgezeichnet schmecken, überaus nahrhaften Hafergerichten. Auch verbaden lassen, ebenso zu Hafergerichten-Makronen und sonstigen kleinen Gebäuden, die ähnlich wie Rüschischen schmecken und in jedem, auch dem kleinsten Haushalte, bereit werden können. Der hohe Fettgehalt der Hafergerichten gestattet es, mit geringen Fettmengen auszukommen.

Wer sich näher unterrichten will, lasse sich von dem bekannten Nahrungsmittel-Chemiker Dr. Vollmar Alspach in Leubnitz-Raustra bei Dresden das Kochbuch für 39 Hafergerichten senden, das dieser im Interesse der guten Sache kostenlos und postfrei zusendet.

### Landwirtschaftl. Verein Dippoldiswalde und Umgebung. Einladung zur Sitzung

Sonnabend den 25. Oktober nachmittags 5 Uhr im Hotel „Stadt Dresden“.

#### Tagesordnung:

- Eingänge und Mitteilungen.
- Vortrag des Herrn Professor Dr. Karl Steyer-Lücke über: "Die Krankheiten der Pflanzen und ihre Bekämpfung" mit Vorführung von Lichtbildern.
- Aussprache.

Zu diesem hochinteressanten Vortrage wird um zahlreichen Bezug gebeten.

Der Vorstand.

### Achtung! Großes Serien-Preis-Skat-Turnier



### Gasthof Niederpöbel

Jeden Sonnabend von 6—11 Uhr und jeden Sonntag von 3—11 Uhr.

1. Spieltag Sonnabend den 25. Oktober. 2. Preis 500 M., Einzug 5 M. einschließlich Kartengeld.

Alles Röhre im Spiellokal.

Hierzu laden alle Statthalter freudlich ein

das Komitee und Walter Nagel.

#### Zodesanzeige.

Am Morgen des 22. früh um 5 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden, welches der Krieg über ihn brachte, mein heiligster, guter Sohn und unser Bruder

#### Fritz Hesse,

Mitter des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und Inhaber der br. Friedrich-August-Medaille im besten Alter von 31 Jahren.

Dippoldiswalde, Herrngasse 1100, am 22. 10. 1919.

In namenlosem Schmerze:

die trauernde Mutter und Geschwister.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags um 4 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Hierzu eine Beilage.

### Auto-Omnibus

Dippoldiswalde — Dresden.

Infolge der um das Jahrzehnte gestiegenen Preise für Betriebsstoffe und der mit ca. 300% Aufschlag erhöhten Reparatur- und Ersatzteilkosten, bin ich gezwungen, die Fahrpreise ab heute

um ca. 25% zu erhöhen.

Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß die von mir getroffene Maßnahme in Betracht der Zeitverhältnisse gewißlich und mein Unternehmen auch in Zukunft unterstützt werden wird.

Das Auto ist von jetzt ab angenehm geheizt.

Bernhard Rod.

### Rothe's echt bayr. Bierstuben

Dresden, Altmarkt 8.

Das sagt alles in Speisen und Getränken!

### Kainit

in jedem Posten lieferbar ab Lager, sowie Rollsaltz, schwefelsaures Kali, Blei- und ff. Speiselsalz, Städtalk für Bau- und Düngzwecke, Weißtalg (vorzügliche Weißendüngung).

Für Thomasmehl und Anthonymehl folgt später Lieferung.

E. Schmieder, Ulberndorf. Tel. 153.

### Ranfe

### Schlacht-pferde.



### P. Lieber, Röbischlachterei,

Dippoldiswalde, Freiberger Straße 27. Telefon 97.

Bin bereit, bei frischen Pferden zu wachen. — Bei Notfallschäden bin ich mit Transportwagen schnellstens zur Stelle.

Empfehle mich als Pferdeschreter.

Schöne, starke

Birnen,

gute Sorte, verkauft

Loge, Altenberger Straße.

### Oele

### Fette

### Treibriemenwachs

div. Artikel zur Saatbeize

empfiehlt in prima Qualität

Hermann Lommatsch

Drogerie zum Elefanten.

Find zu verkaufen

Reinhardtsgrima Nr. 33.

Loge, Altenberger Straße.

faust

Loge, Altenberger Straße.

### Jüngerer Kontorist

sofort gesucht. Öfferten mit Zeugnisschriften und Gehaltsansprüchen unter „P. Q. 30“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche für mein Kontor ein jüngerer Fräulein zur Ausführung einfacher Kontorarbeiten.

Maschinenfabrik Dippoldiswalde  
Inh.: Erich Böhme.

Erfahrene, sauberes Hausmädchen

in dauernde Stellung sofort gesucht. Frau Alfred Gaedicke, Kreischa.

Einen jüngeren Schneidergehilfen sucht S. Beder, Dippoldiswalde, Altenberger Straße 185.

Wintermantel für 10—12jährige Knaben zu verkaufen. Am Bahnhof 17 J. II.

Junge, kräftige Ziege steht zum Verkauf Bärenseis, Waldwiese.

Zarte, weiße Hände erzeugt d. herz. duftende Sametlin. Bei aufgespanneter, roter, rüsiger Haut u. bei Frostbeulen dürfte es nie fehlen. Bei Herrn. Lommatsch, Drogerie zum Elefanten.

Beitrags-Erläuterungen zur Einwohnerwehr

Geheimrat C. Jahn.

Einwohnerwehr

Geheimrat C. Jahn.

### Kasino Reinhardtsgrima

und Umgegend

Sonntagsabend den 25. Oktober abends 8<sup>30</sup>

### Versammlung.

Um gute Beteiligung bittet

d. B.

### Altstädtische

# **Beilage zur Weißeritz-Zeitung**

Mr. 246

**Kreitag den 24. Oktober 1919**

85. Jahrgang

## **Wirtschaftliches.**

Die Heereswerkstätten in Spanien, die auf Friedenswirtschaft eingestellt worden sind, fertigen nun mehr landwirtschaftliche Geräte und Maschinen an. Sie ändern ferner Wagen aus Heeresbeständen für die Landwirtschaft um. Die notwendigen Rohstoffe sind vorhanden.

ind vorhanden.  
 2. Berlin, 20. Oktober. (W a r e n m a r k t.) Gerobella  
 33-64, Lupinen 28-31, Infarnattee 200-220, Saat-  
 getreide 38,75-34,50, Saatstrohgen, Saatgerste 30,75 bis  
 31,50, Witterlaerben 225-270, kleine Erbsen 205-225,  
 21,50, Rüben 70-85, Bliegelstroh 7,50-8, Preßstroh 7,75-8,25,  
 Dachhimmelstroh 7-7,50 für 50 Kilogramm ab Verladesta-  
 tion. Häufel 13-14, Bieben 18-22, Feldhen 23-26,  
 Rieben 29-31, Häufelklasse 33-35 für 50 Kilogramm  
 zulässig.

## Gerichtssaal.

Die merkwürdigen Polizeiverhältnisse in Frankfurt a. Main wurden wieder durch eine Verhandlung gegen einen früheren Hilfspolizisten beleuchtet, den die Strafammer wegen Mißbrauchs der Amtseigenschaft zur Vornahme einer unberechtigten Verhaftung und wegen Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte. Man erfuhr, daß der Angeklagte wegen Körperverlehung und groben Unfugs schon vorbestraft ist. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er bei seiner Anstellung im Polizeidienst nicht nach seinen Vorstrafen gefragt worden sei, sondern nur danach, ob er gewerkschaftlich und politisch organisiert sei. Die Hilfspolizei habe einem Kommando unterstanden, das vom Polizeiwesen überhaupt keine Ahnung gehabt hätte. Der Verteidiger bemerkte hierzu, von einem bei der Polizei tätigen Referendar, der die Instruktionsschule der Hilfspolizisten leite, sei ihm mitgeteilt worden, es habe sich herausgestellt, daß die meisten Hilfspolizisten nicht das geringste von den grundlegenden Begriffen der Polizei wüssten. Das Gericht bemerkte in der Begründung des Urteils „als mildernd sei zu berücksichtigen, daß man sich bei der Anstellung nur nach der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Bewerber, aber nicht nach ihrer Eignung erkundigte, damit die freie Bahn nicht dem Tüchtigen, sondern dem Gesinnungstüchtigen offen gehalten werde. Nur so lasse es sich erklären, daß bei der Hilfspolizei vielfach, wie das Gerichtsverhandlungen beweisen, Böde zu Gärtnern gemacht worden seien.“

**H**underthalb Millionen Geldstrafen für Schieber. Das Schöffengericht Salzhut sprach in seiner letzten Sitzung in 22 Fällen Geldstrafen in Gesamthöhe von 1 521 278 Mark aus, worin der Wert der Waren nicht angerechnet wurde. Von den Inhabern einer Firma in Singen (Baden) wurde der eine zu 235 700 Mark und zu 5000 Mark Geldstrafe sowie zu einer Woche Gefängnis, der andere zu 114 000 Mark und zu 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatten große Mengen Schweizer Stumpen, die unverzollt waren, aufgekauft und dann weiter verkauft. Zwei andere Schieber hatten 600 Rentner Kasse aus der Schweiz, darunter einen Teil ohne Einführungsbewilligung, eingeführt und mit übermäßigem Gewinn weiterverkauft. Sie wurden zu je 10 000 Mark und außerdem 261 282 Mark Geldstrafe und zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde die Ware im Werte von 131 641 Mark eingezogen, desgleichen der übermäßige Gewinn in Höhe von 276 967 Mark.

Aus Stadt und Land.

\*\* Der „Blinde“ und der „Schläfer“. In Berlin suchten zur Zeit zahlreiche Schwindler durch Vortheilichen schwerer Kriegsbeschädigungen das Mitleid der Straßenpassanten zu erregen und sich auf diese Weise ihren „Tagesverdienst“ zu erwerben. So beobachtete dieser Tage ein Beamter von der Wachabteilung der Kommandantur zwei Kriegsinvaliden, die einen faumernsünderlichen Eindruck machten. Der eine war blind und zog das linke Bein nach, der andere litt offenbar an den Folgen eines schroffen Nervenschocks und flog am ganzen Körper, während er fortgesetzt unartikulierte Laute von sich gab. Der Beamte folgte den beiden Leuten, die unausgesetzt von mitleidigen Passanten reich beschenkt wurden, auf ihrem Wege, bis sie plötzlich in einer dunklen Straße in einem Lokal verschwanden, um Kasse zu machen. Hier war der Blinde plötzlich sehend geworden, und der Mann mit dem Nervenschock hatte die Beherrschung über sich selbst wiedererlangt. Der Beamte nahm die beiden Schwindler, die sich als „Gelegenheitsarbeiter“ entpupperten, fest und brachte sie nach dem Polizeipräsidium. Ihre gut gespielten Leiden hatten ihnen in einer knappen Stunde 164 Mark eingebracht.

\*\* Belagerungszustand in Schmallenberg. Die Nicht-  
befestigung des Unabhängigen Vogtherr zum Landrat  
für den Kreis Schmallenberg und das Erscheinen des  
Wahrheitssozialisten Schubert als Landratsstellvertreter  
hatte in Schmallenberg zu einer großen Straßendemon-  
stration geführt. Schubert und andere Beamte wur-  
den misshandelt, ein staatliches Waffenlager beraubt.  
Zur Wiederherstellung der Ordnung rückte ein Reichs-

Wochensatallion in Schmallenberg ein. Zwei Redakteure der „Volksstimme“ wurden wegen Parteidienstbruch verhaftet. Die Arbeiterchaft proklamierte den Generalstreik und fordert die Entlastung der Reichswehrtruppen und die Entlassung der Verhafteten. Da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, wurde der Belagerungszustand über Schmallenberg verkündigt.

**Die Streisbewegung im besetzten Gebiet.** Der gegen die belgischen Übergriffe gerichtete Streik auf dem linken Rheinufer hat sich auf Krefeld und Düsseldorf ausgedehnt. Es wurde eine Kommission gebildet die aus Beamten und Arbeitern der streikenden Werke sowie aus bürgerlichen Elementen besteht und den Streik überwacht. Der Verkehr über die Rheinbrücke wurde gesperrt. Die Lebensmittelgeschäfte haben nur an zwei Stunden zum Verkauf geöffnet. Eine Streikabordnung hatte sich an die interalliierte Kommission in Köln gewandt, wurde aber an die Waffenstillstandskommission in Düsseldorf verwiesen und hat sich dorthin begeben. — Auch im Saargebiet ist mit dem Ausbrechen eines neuen großen Generalstreiks zu rechnen, der sich auch auf die Pfalz und die angrenzenden Gebiete erstrecken wird. — Mit einer Büse von 10 000 Mark wurde Neustadt a. d. H. von der französischen Besatzungsbehörde belegt, weil der Täter nicht ermittelt werden konnte, der in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober auf einen französischen Offizier einen Überfall ausgeführt hatte. Die Stadtverwaltung hatte seinerzeit eine Belohnung von 1000 Mark auf die Ermittlung des Täters ausgesetzt.

"Schmuggelwaren im Kuriergepäck. Die Polizeirevision an der badisch-schweizerischen Grenze in Schaffhausen hat in deutschem Kuriergepäck 600 Kilo Schmuggel- und Schiebeverwaren festgestellt. Sämtliche Koffer und Säcke waren mit Kaffee, Zigaretten, Schokolade, Kakao und Reis angefüllt. Die Pakete trugen unter doppeltem Umschlag die Adressen deutscher Empfänger. Das Hauptzollamt in Karlsruhe halte die Bewilligung zur Polizeirevision des Gepäcks gegeben, nachdem schweizerischerseits bereits früher darauf hingewiesen wurde, daß die diplomatischen Kuriersendungen zu SchmuggelSendungen benutzt würden. — Wegen versuchter Verschiebung von 60 000 Unzulässigen aus Heeresbeständen wurden in Münster (Westf.) ein Oberbahnassistent und ein Gütervorsieher verhaftet.

**\*\* Eine Weihnachtsgabe der Deutschamerikaner.** Hofft in allen bedeutenderen Städten Nordamerikas haben die Deutschamerikaner Organisationen geschaffen, die Geld sammeln und dafür Lebensmittel, Kleiderstoffe, Zigarren, Tabak usw. nach Deutschland an bedürftige Angehörige der Spender senden. Diese Sendungen haben bereits einen recht beträchtlichen Umfang angenommen und sollen noch erheblich gesteigert werden. Würd außerdem planen unsere Freunde drüben, ein ganzes großes Schiff mit solchen Waren zu beladen und Anfang Dezember als Weihnachtschiff nach Deutschland zu senden. Über Sender und Empfänger haben dabei einen großen Wunsch: Vollfreiheit. Die ganze Hilfe aus Amerika wird illusorisch, wenn man hier etwa für einen geschenkten Anzug kostet 300 Mark (Goldzoll auf heutige Valuta umgerechnet) zahlen soll. Tatsächlich konnten schon viele Geschenksendungen von den mittellosen Empfängern bezahlt nicht angenommen werden. Vielleicht beschäftigt sich die Reichsregierung baldigst mit dieser Angelegenheit, damit das Weihnachtskind aus Amerika nicht so viel schlechter behandelt wird als die Schleifer in Köln und Düsseldorf.

**\*\* Ein Opfer der Spielleidenschaft.** Große Unterschlagungen wurden bei einer Bank in Berlin aufgedeckt. Eine Revision ergab Unstimmigkeiten, und die weiteren Prüfungen und Nachforschungen führten zu der Feststellung, daß der 19jährige Banklehrling R. seit längerer Zeit fortgesetzt Wertpapiere und bares Geld an sich genommen und die Unterschlagungen durch falsche Eintragungen verdeckt hatte. Der junge Mann wurde verhaftet und legte auch ein Geständnis ab. Für 100 000 Mark Wertpapiere konnten bei ihm noch beschlagnahmt werden. Einen ebenso hohen Betrag hat er aber durchgebracht. R. verlor das veruntreute Geld im Spiel und auf der Wettebahn.

treute Geld im Spiel und auf der Rennbahn.

“ Die Kohlennot in der Pfalz nimmt einen katastrophalen Charakter an. Infolge der Kohlennot hat die französische Besatzungsbehörde soeben versügt, daß vom Montag ab das Elektrizitätswerk in Homburg, das jetzt zum Saargebiet gehört, keinerlei Strom mehr an die Pfalz abgeben dürfe. Infolgedessen tritt für die ganze Pfalz eine elektrische Stromsperrre ein, deren wirtschaftliche Folgen noch unsübersehbar sind. Das Erscheinen der meisten pfälzischen Zeitungen ist unter diesen Umständen fraglich. Die Sperrre wird so lange dauern, bis die Belieferung von Ruhrkohlen möglich ist.

**\*\* Ein vorgetäuschter Raubüberfall.** Dieser Tage wurde angeblich auf den Bahnhofsvorsteher in Eidelstedt bei Hamburg ein Raubüberfall verübt und die Bahnkasse ausgeraubt. Wie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei ergeben haben, war dieser „Raubüberfall“ auf den Bahnhofsvorsteher Ehengruber vorgetäuscht. Ehengruber, der Bahnamtsleiter Strause und der Tiefbauunternehmer Müller haben den Plan aufzumachen ausgedacht. Strause

hat bei dem „Überfall“ den Bahnhofsvorsteher Winkelgruber gefesselt, und Müller hat dann das gestohlene Geld in seine Wohnung geschafft. Auf einer Befragung des Müller wurde es dann vergraben. Von dem Gelde wurden noch 71 800 Mark vorgefunden. Alle Komplizen wurden im Haft genommen.

\*\* Angriff auf eine Oberbrücke. Seit einigen Tagen machte sich wieder lebhafte Tätigkeit an den großen oberschlesischen Oberbrücken bemerkbar. Am Vormittag zum Sonntag kam es zu einem neuen Angriff auf den Brückenkopf bei Oppeln. Ohne Zweifel war die Sprengung der Brücke beabsichtigt. Die herbeigerufene Versstärkung erwehrte sich des Angriffes mit Gewehrfeuer und Handgranaten. Die Angreifer sind entflohen.

"Schiebung mit Ferngläsern aus Heeresbehörden. Eine großen Schiebung mit aus dem Verbande der Heeresverwaltung stammenden Ferngläsern ist bei Überwachungsdienst der Heerespolizei in Magdeburg auf die Spur gekommen. Ein Beugfeldwebel und ein Schirmmeister vom Artillerieleopold Hannover hatten 750 Gotha-Ferngläser an einen Magdeburger Zigarettenhändler verschoben, der sie mit einem bedeutenden Gewinn weitergab. Hierbei wurde die Schiebung aufgedeckt. Es handelt sich um ein Wertobjekt von dreihundertfünfundzigtausend Mark.

\*\* Verkehrs einschränkung auch in Bayern. Die bayerische Verkehrsverwaltung ist zu dem Ergebnis gelangt ab 26. Oktober sämtliche Schnellzüge an den Sonn- und Feiertagen ausfallen zu lassen. Bereits am 19. Oktober wurde der Schnellzugverkehr zwischen München und Stuttgart eingestellt. Die Einschränkung des Verkehrs erfolgt nach dem Vorbild der Nachbarländer. Im übrigen bleibt der Personenverkehr in Bayern vorläufig noch aufrecht erhalten, jedoch ist die Kohlennot sehr groß.

**“ Zur Bekämpfung der Bisantratte hat der Regierungspräsident in Magdeburg eine Polizeiverordnung erlassen, nach der diese Mattenart nicht gehext werden darf, sondern mit allen Mitteln zu bekämpfen ist. Zu ihrer Bekämpfung sind alle Besitzer und Pächter innerhalb ihres Grundbesitzes verpflichtet, ferner die zur Instandhaltung der öffentlichen Gewässer, der Staatsflüsse und Bäche Pflichtigen, die Eigentümer der geschlossenen Gewässer, die Fischerei- und Jagdberechtigten. Jedes Auftreten der Bisantratte ist sofort der Ortspolizeibehörde anzugezeigen. Die Haltung sowie die Versendung lebender Bisantratten ist nur mit polizeilicher Genehmigung gestattet.**

" **Gordianer des Streiks** in Lothringen. Der Streik in Lothringen dauert an. Die Streikenden üben in den Industriegebieten einen Terror aus. In Hagedingen, in Bionville und in Rombach haben sie sämtliche Hochöfen mit Gewalt ausgeblasen, wodurch ein unermesslicher Schaden entstanden ist. Die Straßenbahner, Eisenbahner, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter verharren im Ausstand, so daß der Militärgouverneur von Metz über das Festungsgebiet wieder den Belagerungszustand verhängt hat. Bahitreiche französische Regimenter, darunter auch technische Truppen, sind aus dem Innern Frankreichs im Lothringen Industriegebiet eingetroffen, um die "lebenswichtigen Betriebe im Tätigkeits zu erhalten.

**"Aus Notwehr erschossen.** In dem Berliner Vorort Weißensee hatte ein Wohlseher Beamter 82 000 M. hinterzogene Kriegsgewinnster bei einem gewissen Schubert einzuziehen. Kaum hatte der Beamte das Zimmer betreten, sprang Schubert mit geladener Pistole auf ihn zu und legte auf ihn an. Der Kriegsministerialdirektor schlug die Waffe beiseite, so daß der Schuß fehl ging. Der Bedrohte wollte nun flüchten. Schubert aber schloß die Tür schnell von innen ab. Im Verlauf des nun folgenden Ringkampfes gelang es dem Beamten, Schubert die Waffe zu entreißen und ihn durch einen Schuß außer Gefecht zu setzen. Der Schuß traf so unglücklich, daß Schubert seinen Verletzungen erlag.

**\*\* 14 Tage Dunkelheit wegen einer Hochzeit.** In Neuhofer bei Fulda streift seit vierzehn Tagen das elektrische Licht. Grund: der Betriebsleiter des Werkes feiert Hochzeit. Da sein Vertreter zufällig erkrankt ist, sind drei Gemeinden gezwungen, die Hochzeit des glücklichen Bräutigams mitzu feiern durch Entfehlung des Lichtes. In der in Neuhofer erscheinenden Zeitung liest man jetzt: „Wir wünschen dem jungen Paar alles Gute, tragen ihm aber die Bitte vor, in den Glitterwochen das Wort des sterbenden Goethe nicht zu vergessen: Mehr Licht!“

**\*\* Ein Naturschutzgebiet im Solling.** Der Landwirtschaftsminister hat die sogenannten „Seefelder“ in der Oberförsterei Reinerz als Naturschutzgebiet erklärt. Es handelt sich um eine 750–860 Meter hoch gelegene, 136 Hektar große Hochmoorfläche mit Pflanzen- und Tierwelt. Hier findet sich noch in ungewöhnlicher Menge die Zwergbirke, ein Überrest der Eiszelt, der sich nur noch an drei Stellen in Deutschland erhalten hat. Hier fliegen ferner einige seltene Schmetterlinge, die auf den Seefeldern eine leichte Rastplatzhütte gefunden oder sich dort zu besonderen Arten herangebildet haben. Die Seefelder besitzen alle landschaftlichen Merkmale eines Hochmoores.



